



Vorlage an das Stadtparlament

vom 18. Mai 2005

Nr. 0557

Städtischer Energiefonds

Zusätzliche Einlage in den städtischen Energiefonds**1 Veranlassung**

Im Jahre 2001 wurde das Reglement über den Energiefonds (sRS 511.2; EnFR) einer grösseren Revision unterzogen, um den veränderten Rahmenbedingungen der Energiepolitik von Bund und Kanton, den energierechtlichen Vorschriften des Strommarkts, aber auch den weiter entwickelten Energietechnologien Rechnung zu tragen. Der Schwerpunkt wurde auf Massnahmen zur CO₂-Vermeidung gelegt. Mit dieser Revision bekannte sich das Stadtparlament weiterhin zu einem eigenen kommunalen Förderprogramm. Am 1. Juli 2002 ist das revidierte Reglement in Kraft getreten. Gemäss Art. 2 wird über die jährliche Einlage in den Energiefonds im Rahmen des Voranschlags entschieden. Die Einlage ist nach oben limitiert und beträgt maximal 1 % des budgetierten Ertrags aus dem Elektrizitätsverkauf der sgsw.

Per 19. April 2005 sind die verfügbaren Fördermittel des Energiefonds aufgebraucht bzw. an Beitragszusprachen gebunden. Zur Zeit liegen zudem weitere Fördergesuche vor, die ohne zusätzliche Einlage in den Energiefonds, gestützt auf Art. 3 lit. f EnFR, abgelehnt werden müssten.

2 Begründung

Seit dem Jahre 1999 wurde der Energiefonds nicht mehr im Rahmen des nach Reglement (EnFR) Zulässigen gespiesen. Wie letztes Jahr wurden auch für das laufende Jahr statt 1 % des budgetierten Ertrags aus dem Stromverkauf, was etwa dem Betrag von CHF 700'000 entsprochen hätte, lediglich CHF 500'000 budgetiert. Begründet wurde dieses Vorgehen mit dem über einige Jahre relativ hohen Reservebestand des Energiefonds, der allmählich abgetragen werden sollte.



Bei der Beurteilung des Reservebestandes per Ende 2004 wurde jedoch nicht berücksichtigt, dass wegen zwei Fällen, die noch nach altem Reglement gesprochen, aber noch strittig sind, bzw. noch nicht ausbezahlt werden konnten, CHF 550'000 zurückbehalten werden müssen. Per Ende 2004 resultiert deshalb anstelle eines ausgewiesenen Reservebestands von CHF 928'000 lediglich noch ein solcher von CHF 378'000. Zusammen mit der budgetierten Einlage von CHF 500'000 stehen für das laufende Jahr also nicht CHF 1'428'000, sondern lediglich CHF 878'000 zur Verfügung.

Als Verbindlichkeiten des Energiefonds schlagen aktuell - ohne die beiden erwähnten Fälle - gesprochene, jedoch noch nicht ausbezahlte Beiträge von CHF 387'000 aus dem Jahr 2004 und CHF 477'000 des laufenden Jahres, also insgesamt CHF 864'000 zu Buche. Im Weiteren sind zur Zeit zwölf Gesuche pendent mit einem beantragten (noch nicht geprüften) Beitragsvolumen von CHF 246'000. Ohne einen Nachtragskredit müssten diese pendenten sowie alle neu eingehenden Gesuche abgelehnt werden.

Da es immer wieder Fördergesuche gibt, die letztlich nicht realisiert werden, für die aber das verfügte Geld während eines Jahres bereit gehalten werden muss, kann es passieren, dass Gesuche mangels Geldmittel abgelehnt werden müssen, obwohl sich im Nachhinein herausstellt, dass sie hätten gefördert werden können. Diese Praxis ist für den Gesuchsteller äusserst irritierend; zudem ist ein Unterbruch in der Kontinuität des Energiefonds seinen Zielen abträglich. Deshalb rechtfertigt sich grundsätzlich ein höherer Reservebestand, auch um allfällige Belastungsspitzen durch Grossprojekte decken und über mehrere Jahre ausmitteln zu können.

Die Entwicklung der letzten Jahre belegt, dass eine grosse Nachfrage nach Mitteln aus dem Energiefonds existiert, weshalb bereits für dieses Jahr die Maximaleinlage gemäss EnFR angezeigt ist; für das Jahr 2006 ist ebenfalls die maximal mögliche Einlage vorgesehen. Reaktionen nach der provisorischen Ankündigung, dass eventuell Gesuche abgelehnt werden müssen, zeigten überdies deutlich, dass Vorhaben zwar nicht zurückgenommen, jedoch aus der Prioritätenliste gestrichen werden müssten, was dem erklärten Ziel der CO₂-Vermeidung klar zuwiderläuft.

3 Sofortmassnahme

Damit der Energiefonds für das laufende Jahr seinen Auftrag weiterhin erfüllen und ein politisch unerwünschtes Signal nach aussen (siehe Meldungen nach dem abrupten Auslaufen des kantonalen Förderprogramms) vermieden werden können, sollen als Sofortmassnahme zusätzliche CHF 200'000 in den Fonds für rationelle Energieanwendung eingelegt werden. Damit würde der Rahmen des nach Art. 2 EnFR Zulässigen eingehalten. Hierfür ist ein vom



Stadtparlament zu sprechender Nachtragskredit zulasten der Laufenden Rechnung der Sankt Galler Stadtwerke, Konto 756.81016 *Einlage in Fonds für rationelle Energieanwendung* erforderlich.

4 Ausblick

Die seit nun drei Jahren mit dem revidierten Reglement gemachten Erfahrungen zeigen, dass sich die Neuausrichtung des Energiefonds bewährt hat. Die beteiligten Stellen, insbesondere die Fachfirmen, zeigen eine gute Akzeptanz des Energiefonds, was letztlich zur aktuellen finanziellen Situation geführt hat. Dennoch ist als nächster Schritt geplant, die Ausführungsbestimmungen zum EnFR leicht anzupassen, um den technologischen Fortschritt, insbesondere im Dämmbereich (Fassaden und Fenster), zu berücksichtigen.

Es ist davon auszugehen, dass in das Budget 2006 wiederum die Maximaleinlage nach Reglement eingestellt wird.

5 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Fonds für rationelle Energieanwendung wird mit einer zusätzlichen Einlage um CHF 200'000 aufgestockt und dafür ein entsprechender Nachtragskredit zulasten der Laufenden Rechnung der Sankt Galler Stadtwerke, Konto 756.81016 *Einlage in Fonds für rationelle Energieanwendung* erteilt.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Venanzoni

